

Der Schuhmacher **Johann Gottlieb August Märkch**, am 24. Juni 1853 zu Bschorne (Kreis Sorau) in Preußen geboren, zuletzt zu Strehla, zur Zeit unbekanntem Aufenthaltsort, wird beschuldigt, als Ersatzreservist erster Klasse ausgewandert zu sein, ohne von der bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erstattet zu haben, Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs. Derselbe wird auf Anordnung des königlichen Amtsgerichts hier selbst auf

den 19. October 1881, Vormittags 9 Uhr

vor das königliche Schöffengericht zu Strehla zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem königlichen Bezirks-Commando zu Grimma ausgestellten Erklärung verurtheilt werden.
Strehla, den 10. August 1881.

Boigt, Gerichtsschreiber des königlichen Amtsgerichts.

Abonnements

auf das „**Elbeblatt und Anzeiger**“ für den Monat

September

werden von sämmtl. kaiserl. Postanstalten, den Landbriefträgern, unsern Expeditionen in Riesa und Strehla, sowie unseren Boten zum Preise von 45 Pfg. angenommen.

Inserate finden im „**Elbeblatt**“ u. „**Anzeiger**“ in den Amtsgerichtbezirken Riesa und Strehla, sowie den angrenzenden Ortschaften anerkanntermaßen die beste und zweckentsprechendste Verbreitung.

Die Verlags-Expedition.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Berlin, 25. August.

Die „Provincial-Correspondenz“ schreibt: Unser Kaiser war von einem leichten Unwohlsein befallen, ist aber völlig wieder hergestellt und erfreut sich gegenwärtig wieder des besten Wohlbefindens. In den bekannten Anordnungen über die Theilnahme des Kaisers an den bevorstehenden Truppenübungen sind keine Veränderungen eingetreten. — Die Kaiserin hat in der jüngsten Zeit erfreuliche Fortschritte gemacht, so daß sie bereits hätte Ausfahrten unternehmen können, wenn die Witterung günstiger gewesen wäre.

Durch eine zwischen der deutschen Telegraphen-Gesellschaft in Berlin und der German Union Telegraphic and Trust Company geschlossene Uebereinkunft soll ein unabhängiges Kabel von Deutschland nach Valencia in Island und von da an nach den Vereinigten Staaten gelegt werden. Wenn das Kabel (dessen Kosten sich auf ungefähr 165,000 Pfd. Sterl. belaufen werden) gelegt ist, wird Deutschland eine directe telegraphische Verbindung mit den Vereinigten Staaten haben, ein Privilegium, das jetzt nur England und Frankreich genießen. Das Kapital soll durch die Emission von 5 1/2 procentigen Prioritäts-Actien aufgebracht werden.

Zwischen Berlin und dem Vatikan dauern die Verhandlungen offenbar noch an, wenngleich darüber nichts oder doch nur wenig in die Oeffentlichkeit dringt. Den Stein des Anstoßes bildet die Anzeigepflicht, welche eigentlich früher (in einem Briefe des Papstes an den Erzbischof Melchers) bereits zugestanden war, nun aber zurückgenommen wurde.

Wie von unterrichteter Seite mitgetheilt wird, hat die Anspielung Gambetta's in seiner Wahlrede, wegen der Rückgewinnung Elsaß-Lothringens, bei der deutschen Regierung keinen Eindruck gemacht. Der deutsche Botschafter in Paris, Fürst Hohenlohe, hat dem französischen Minister des Auswärtigen ganz beiläufig mitgetheilt, die Regierung Deutschlands erblicke in dem Gambetta'schen Ausfall nur den Ausdruck einer persönlichen Ansicht, worauf Barthélemy St. Hilaire erwiderte, so leicht würde gewiß nichts die guten Beziehungen zwischen Paris und Berlin trüben können.

Der neuzuwählende Reichstag soll, wie bestimmt verlautet, vor dem preussischen Landtage zu einer kurzen Geschäftssession einberufen werden.

Eine Umarbeitung des Versicherungsgesetzes wie die geplanten Entwürfe bezüglich der Arbeiter-Invaliden sollen wiederum dem preussischen Volkswirtschaftsrath zugehen. Auch die Anträge auf Bildung eines deutschen Volkswirtschaftsraths sollen erneuert werden.

Das Reichsgesundheitsamt wird nach Erledigung seiner gegenwärtigen Arbeiten für die Ausführung des Nahrungsmittelgesetzes Folgendes für eine gesetzliche Regelung ins Auge fassen: Schutz der Irren, Gesundheitsschutz der Kinder und Fabrikarbeiter, Schutzvorkehrungen gegen Ansteckungskrankheiten.

Der Stadt Altona ist der Antrag auf Zuweisung eines Freisafens bei Einverleibung in das Zollgebiet vom preussischen Finanzminister abgelehnt worden.

Die Gefahr, welche für die öffentliche Sicherheit durch die regelmäßige Entlassung der Gewohnheitsverbrecher aus den Gefängnissen besteht, hat von Neuem den Plan auftauchen lassen, auch für Deutschland Ver-

brechercolonien zu begründen, und es sollen auch, wenn ein Correspondent der „A. A. Z.“ recht unterrichtet ist, bereits die Commandanten der deutschen Kriegsschiffe in der Südsee Ordre erhalten haben, nach sorgfältiger Beobachtung geeignete Inseln hierfür in Vorschlag zu bringen. Die „Nat.-Btg.“ erklärt nun heute zu den bezüglichen Nachrichten, die Frage scheine in jeder Hinsicht einer eingehenden und unparteiischen Prüfung werth, mit der Parteipolitik habe dieselbe absolut nichts zu schaffen.

Ueber den Ersatz der Menschenkraft durch den Dampf sind neulich von einer Fachzeitschrift Schätzungen angeführt worden, die es recht sehr eindringlich empfinden lassen, daß bei allen politischen Entscheidungen den Fragen der Volkswirtschaft in erhöhtem Grade Aufmerksamkeit zu Theil werde. Nach der Zeitschrift besaß die ganze Erde 1878 gegen 432,000 Kilom. Eisenbahnen mit rund 105,000 Locomotiven zu 30 Millionen Pferdekraften und überhaupt waren auf der Erde 138 Millionen Pferdekraften in Dampfmaschinen aufgespeichert und thätig. Rechnet man nun 1 Pferdekraft gleich 7 Männern, so ergibt das in den Dampfmaschinen repräsentirte Quantum Kraft die Arbeit von 1000 Millionen Menschen, eine Zahl, die doppelt so groß als die gesammte Arbeiterbevölkerung ist. Mit diesen Zahlen muß jedenfalls gerechnet werden, wenn die Maschinenarbeit nicht mehr Hände unthätig machen soll. Zu gleicher Zeit zeigt aber auch diese Zahl, wie geringwerthig die Handarbeit geworden ist und auf welcher Stufe schließlich der Lohn dafür ankommen müßte, wenn die Culturstaaten der Ueberproduction und dieser Entwerthung nicht auf dem Wege einer internationalen Fabrikordnung und Schaffung eines internationalen Arbeitstags Einhalt thun.

Frankreich. Sorgfältige Ermittlungen über das Resultat der Wahlen ergeben: Von 547 Gewählten sind 483 definitiv gewählt, in 64 Wahlbezirken sind Stichwahlen vorzunehmen. Die 483 definitiv Gewählten bestehen aus 38 Monarchisten, 42 Bonapartisten und 403 Republikanern. Von den Republikanern gehören 34 dem linken Centrum, 156 der Linken, 187 der republikanischen Union und 26 der äußersten Linken an. Die Republikaner gewannen 68 und verloren 10 Siege, die Monarchisten gewannen 11 und verloren 18 Siege, die Bonapartisten gewannen 3 und verloren 40 Siege. Die von den Republikanern gewonnenen 68 Siege bestehen aus 18 Siegen, welche bisher den Monarchisten, aus 38 Siegen, welche bisher den Bonapartisten angehörten, und aus 12 Siegen in den neuen Wahlbezirken. — Pariser Blätter melden, im Minister-rathe sei das Wahlergebnis für durchaus günstig erachtet worden. — Gegen die Gültigkeit der Wahl Gambetta's in beiden Belleville Bezirken sind seitens der Radikalen Proteste eingereicht worden, die das Resultat ergeben haben, daß Gambetta im zweiten Wahlbezirk des 20. Arrondissements 54 Stimmen an der absoluten Majorität fehlen, mithin ist derselbe nur im ersten Wahlbezirk gewählt.

In Paris haben 1600 Zimmerleute Arbeitseinstellung beschlossen, wenn ihr Lohn nicht auf 1 Franc pro Stunde erhöht wird. Außerdem erfordern sie einen Normalarbeitstag von 10 Stunden im Sommer, 8 Stunden im Winter, und Bezahlung von 2 Francs für jede Stunde Mehrarbeit.

Schweiz. Der Nihilist Fürst Krapotkin (der Bruder des von den Nihilisten ermordeten Generalgouverneur von Charkow) lebte seit mehreren Jahren in Genf und galt als der Hauptführer der Nihilisten. Durch Beschluß des Bundesrathes ist ihm nun der fernere Aufenthalt im schweizerischen Gebiet untersagt worden.

Amerika. Der arme Präsident Garfield schwebt noch immer zwischen Leben und Tod und in banger Erwartung sind die Augen der ganzen civilisirten Welt nach seinem Krankenlager gerichtet. Die Aerzte haben am Mittwoch die Drüsengeschwulst geöffnet. Das Resultat war ein befriedigendes.

Vertliches und Sächsisches.

Riesa, den 26. August 1881.

— **Kirchenvorstandssitzung** den 25. August.
1. Der Erkauf eines Familienbegräbnisses durch Herrn

Handelsmann Wesse wird genehmigt. Auf das Gesuch desselben wird in Anbetracht des erschwerten Baues die Kaufsumme auf 60 M. ermäßigt. 2. Der Raum zwischen der Todtenhalle und den dort befindlichen Familienbegräbnissen wird diesen Herbst mit Bäumen und Sträuchern bepflanzt und zu einem Bosquet hergerichtet. 3. Durch Bescheid des Landesconsistoriums wird der Kirchgemeinde Riesa gestattet, die seiner Zeit für die aufgefundenen Kette nebst Ring gelöste Summe mit zum Bau der neuen Kirchengruft zu verwenden. 4. Zur Mitvollziehung von Urkunden des Kirchenvorstands werden, dem Kirchengesetz vom 20. Juni und der Ausführungsverordnung vom 26. Juli 1881 entsprechend, Herr Kirchvorsteher Kaufmann Heyn und als Stellvertreter Herr Kirchvorsteher Rector Bemann gewählt. 5. Eine Zuschrift der Kircheninspektion, die Consistorialverordnung über Sonntagsheligion betreffend, wird nebst dieser Verordnung zum Vortrag gebracht. 6. Der Vorsitzende der Baudeputation referirte über die erfolgte Reparatur der Sakristei und über die nöthige Instandsetzung eines Theiles der Friedhofsmauer.

— Einem längst gefühlten Bedürfnis wird dadurch abgeholfen, daß der Bauauschuß den Thorweg am Albertplatz in den Stand setzen läßt; denn durch die mangelhafte Fußpassage an der Häuserfront dort ist schon ein Unglücksfall herbeigeführt worden. Der Fußweg wird, wie jener auf der Wettin- und Bahnhofstraße, mit bossirten Granitsteinen eingefoßt, während die andere Seite des Fahrwegs ein gewöhnliches Bordgerinne erhält. Oeffentlich ist die Zeit nicht mehr auszufern, wo die die Aussicht auf das Rathhaus und den Stadtpark versperrenden Quergebäude fallen werden.

— In diesen Tagen sind an unserem Kirchthurm die beiden Zifferblätter angebracht und darauf das dazu erforderlich gewesene Gerüste entfernt worden. Die neuen Zifferblätter stehen durch ihre bedeutendere Größe von den alten vortheilhaft ab und sind sowohl hierdurch als auch dadurch, daß sie höher als die früheren placirt worden sind, aus weiter Ferne erkennbar. Die Aufstellung der Thurmuhre dürfte in nächster Zeit erfolgen. Oeffentlich wird die Reparatur gut ausgefallen und die Uhr nunmehr ein zuverlässigerer Zeitmesser sein, als sie es ehemals leider gewesen.

— Am 1. September wird, wie wir bereits früher mittheilten, unsere Garnison zu den Manövern ausrücken und am 18. desselben Monats wieder hier eintreffen.

— Die Nähe des Lorenzkirchner Marktes wird bei uns durch eine seit gestern auf dem Albertplatz aufgestellte Schaubude: „Heidemann's mechanische Ausstellung“, welchem sich morgen noch ein größerer Caroussel anreihen wird, angekündigt. Bekanntlich pflegen Besitzer von Schaubuden, die den Markt in Lorenzkirchen beziehen, mit ihren Sehenswürdigkeiten in den Städten des Umkreises eine Vorstation zu machen, ehe sie den einstmaligen Wallfahrtsort des heil. Lorenz, der sich mit der Zeit zu einem berühmten, vielbesuchten Marktplatz umgewandelt hat, aufsuchen. Allem Anschein nach wird der Lorenzkirchner Markt auch in diesem Jahre viel des Sehenswerthen — und wohl auch etwas vom Gegentheil — bieten.

— Zur Abwendung der von dem Eisenbahnstaus beabsichtigten Maßregel, die Erhebung einer Brückensteuer auf der Elbfahrbrücke betreffend, durch welche der Verkehr zwischen den Ortschaften diesseits und jenseits der Elbe nicht wenig belästigt und benachtheiligt werden würde, hat der Stadtrath bereits die nöthigen Schritte gethan. In einer desfallsigen Eingabe ist die königl. General-Direction der Staatsbahnen um Aufklärung bezw. Widerruf gebeten worden. So richtig und begründet die Auffassung des Eisenbahnstaus sein mag, die Erhaltung der jenseitigen Zufahrtsstraße aus der projectirten Brückensteuer zu bestreiten, so wenig kann den beteiligten Gemeinden am jenseitigen Ufer angefohlen werden, für die Erhaltung genannter Straße allein aufkommen zu sollen. Die Straße wird ja nicht allein von den jenseitigen, sondern auch von den diesseitigen Ortschaften und weiter zum Theil von den Ortschaften des ganzen amts-hauptmannschaftlichen Bezirkes benutzt. Aus diesem Grunde scheint es gerechtfertigt zu sein, daß ein Theil der Kosten für die Erhaltung der Straße aus der Bezirkskasse bestritten